

Ehemaliger RK- Offizier verurteilt

Chhouk Rin, ein ehemaliger Befehlshaber der Roten Khmer (RK), ist wegen Entführung und Ermordung von drei Ausländern zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Gericht befand ihn schuldig, 1994 den Befehl zum Überfall auf einen Personenzug gegeben zu haben. Der Engländer Mark Slater, der Franzose Jean-Michel Braquet und der Australier David Wilson wurden bei diesem Überfall entführt und später in einem Lager von Einheiten Chhouk Rins ermordet. »Weil Chhouk Rin seinen Truppen den Befehl zur Beteiligung an dem Überfall gegeben hat, ist er für die Entführung der drei Touristen und die Folgetaten mit verantwortlich«, sagte Richter Somreth Sophal in seiner Urteilsbegründung. Damit folgte das Gericht einer Anklage der Eltern der drei Opfer. Sie hatten einen erneuten Prozess angestrebt, nachdem Chhouk Rin nach einer Amnestie im Jahr 2000 aus dem Gefängnis entlassen worden war. Chhouk Rin sagte, er überlege noch, ob er sich aus seinem Versteck in der süd-kambodschanischen Provinz Kampot den Behörden stellen sollte. Er besteht weiterhin auf seiner Unschuld. »Ich habe mit dieser Sache nichts zu tun. Es wird mir hier Unrecht getan.« Sein Anwalt teilte mit, er werde beim Obersten kambodschanischen Gerichtshof Berufung gegen das Urteil einlegen.

Die drei Rucksack-Reisenden waren nach einem Eisenbahnüberfall auf der Strecke Phnom Penh-Sihanoukville entführt worden und zwei Monate in einem Rebellenslager in den Vine Bergen in der Provinz Kampot gefangen gehalten worden. Nachdem Verhandlungen über Lösegeldzahlungen gescheitert waren, wurden sie von ihren Entführern zu Tode geprügelt. Die kambodschanischen Behörden haben mit Nachforschungen über die Beteiligung von zwei weiteren ehemaligen Führern der Roten Khmer an den Morden begonnen.

vgl. BBC News, 6.9.2002

Kritik für Rückführung von Flüchtlingen

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die kambodschanische Regierung für die zwangsweise Rückführung von vietnamesischen Flüchtlingen scharf kritisiert. Rund 400 Angehörige von ethnischen Minderheiten, die vor Übergriffen von Behörden aus dem vietnamesischen Bergland nach Kambodscha geflohen waren, seien von der Regierung in Phnom Penh zurückgeschickt worden, berichtet Human Rights Watch.

»Kambodscha verstößt damit massiv gegen seine Verpflichtung, Flüchtlinge nicht in Gebiete abzuschieben, in denen sie weiterer Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt sind«, sagte Mike Jendrzyczyk, Direktor der Asien-Abteilung von Human Rights Watch, in Washington. Die Organisation berichtet, rund 100 weitere Flüchtlinge hielten sich im kambodschanisch-vietnamesischen Grenzgebiet versteckt und müssten bei Entdeckung

mit sofortiger Verhaftung und Abschiebung rechnen. General Khieu Sopheak, ein Sprecher des kambodschanischen Innenministeriums, bezeichnete die Anschuldigungen als »Unsinn«. »Die Aufgabe dieser Gruppen ist es zu beobachten, aber sie wissen nichts über die wahren Vorgänge. Wenn sie solche Berichte nicht schreiben, werden sie nicht bezahlt. So einfach ist das«, sagte der General. Mehrere Tausend Angehörige der ethnischen Minderheiten demonstrierten im letzten Jahr im vietnamesischen Bergland für Religionsfreiheit und Landnutzungsrechte. Seitdem wurden Protestveranstaltungen immer wieder von Polizei und Militär unterbunden, es gab bereits mehrere Verhaftungen. Mehr als 1000 Personen sind bislang nach Kambodscha geflüchtet.

vgl. AP, 25.9.2002

Weitere Verbrechen der RK entdeckt

Der kambodschanische Schriftsteller Ysa Osman hat weitere, bisher noch nicht dokumentierte Verbrechen der Roten Khmer entdeckt. In seinem in Kürze erscheinenden Werk »Oukoubah« berichtet der Autor, bevor das Khmer-Regime 1975 die Macht erobert habe, hätten rund 700.000 Kham, eine muslimische Minderheit, in Kambodscha gelebt. Ältere Untersuchungen, die sich auf die Ergebnisse einer Volkszählung aus der französischen Kolonialzeit stützten, waren von etwa 250.000 Kham ausgegangen. Diese Angaben wurden seit langem als zu ungenau angezweifelt. Für sein Buch hat Osman 500 Personen interviewt und schätzt, dass zwischen 400.000 und 500.000 Muslims von den Roten Khmer ermordet wurden. Bisherige Schätzungen gehen von etwa 75.000 Toten aus. In seinem Werk stützt sich der Autor auf Nachforschungen in den

Dörfern Koh Phal und Svey Kleng in Zentral-Kambodscha. In Koh Phal überlebten von etwa 2500 Muslims nur etwa 170 Personen. In Svey Kleng lebten vor 1975 1240 Familien, das entspricht ungefähr 6200 Muslims. Hier überlebten 120 Familien das Khmer-Rouge-Regime. Die ultra-orthodoxen Kommunisten unter Pol Pot verboten jede Religion, zwangen Muslims Schweinefleisch zu essen und stellten das Benutzen der Kham-Sprache unter Strafe. »Die muslimischen Kham wurden in weitaus größerer Zahl und wesentlich systematischer ermordet, als andere Ethnien in Kambodscha«, sagt Osman. Mit diesen neuen Opferzahlen wurden rund zwei Millionen Personen von den Roten Khmer zwischen 1975 und 1979 umgebracht. Das entspricht etwa einem Drittel der damaligen Bevölkerung Kambodschas.

vgl. AFP, 13.8.2002

nachrichten

Radiosender mit Schließung gedroht

Die kambodschanische Regierung hat einer privaten Radiostation in Phnom Penh mit dem Entzug der Sendelizenz gedroht, wenn sie weiterhin das Programm eines US-Senders in kambodschanischer Sprache ausstrahlt. Der Sender *Beehive 105 FM* verstoße gegen Mediengesetze und müsse sofort die Verbreitung von Programmen der Sender *Voice of America* und *Radio Free Asia* über seine Frequenzen einstellen, sagte der stellvertretende Informationsminister Khieu Kanharith. »Das Informationsministerium hat *Beehive Radio* nicht die Erlaubnis erteilt, Programme anderer Sender auszustrahlen«, sagte der Minister. Dafür sei eine besondere Erlaubnis nötig. Der Besitzer von *Beehive Radio*, Mam Sonando, nannte das Verbot einen Angriff auf die Pressefreiheit. Er werde den Anordnungen jedoch folgen, wenn sie ihm schriftlich vorlägen. Seit der Eröffnung 1995 hat sich *Beehive Radio* mit kritischen Beiträgen über Regierungspolitik, Korruption und Menschenrechtsverletzungen einen Namen gemacht. Während Printmedien in Kambodscha eine relativ große Freiheit besitzen, unterstehen Radio- und Fernsehstationen nach wie vor strenger staatlicher Kontrolle.

vgl. www.brunei-online.com,
29.10.2002

nachrichten

Hun Sen will im Amt bleiben

Der kambodschanische Premierminister Hun Sen hat Gerüchte zurückgewiesen, er sehe sich als Führer der *Cambodian People's Party* (CCP) starker innerparteilicher Kritik ausgesetzt. »Ich möchte öffentlich bekannt geben, dass die CCP keinen anderen Kandidaten als Hun Sen in den Wahlkampf schicken wird. Nur wenn ich abdanke oder sterbe, wird es einen anderen Kandidaten geben«, sagte Hun Sen vor Journalisten in Phnom Penh. Er werde sein Amt als Premierminister auf jeden Fall weitere fünf Jahre ausüben, wenn seine Partei als stärkste Kraft aus den nächsten Wahlen hervorgehe. In Kambodscha wird am 27. Juli 2003 ein neues Parlament gewählt. Hun Sen hatte seine Macht mit mehreren, zum Teil stark kritisierten, Maßnahmen in den letzten Jahren erhalten können. Obwohl seine Partei die Wahlen 1993 verloren hatte, blieb Hun Sen Premierminister. Er übernahm die volle Macht, nachdem er sich 1997 in einem bewaffneten Konflikt gegen seinen Co-Premier Prinz Ranariddh durchgesetzt hatte. Die Parlamentswahlen 1998 konnte die CCP gewinnen. Oppositionskräfte warfen ihr jedoch massiven Wahlbetrug vor. In den letzten Wochen hatten mehrere kambodschanische Zeitungen berichtet, es gäbe Rivalen in der CCP, die sich ebenfalls um den Parteivorsitz bewerben wollten.

vgl. The Strait Times, 26.10.2002

Schwere Belastungen für Wirtschaft

Die kambodschanische Wirtschaft muss, trotz einiger Erfolge, auch in den nächsten Jahren mit großen Belastungen rechnen. Wie Far Eastern Economic Review in einem Bericht über die ökonomische Lage des Landes schreibt, seien zwar ein langsames kontinuierliches Wirtschaftswachstum und eine sehr geringe Inflation zu erkennen. Dennoch könnten die massiven Auslandsschulden dem Land langfristig große Probleme bereiten. Nach offiziellen Angaben ist die Höhe der kambodschanischen Auslandsschulden mit 3,07 Milliarden US-Dollar beinahe so hoch wie das Brutto sozialprodukt, das für letztes Jahr mit 3,2 Milliarden US-Dollar angegeben wurde. Kambodscha schuldet multilateralen Organisationen wie der Weltbank, dem Weltwährungsfond (IWF) oder der Asian Development Bank (ADB) rund 653 Millionen US-Dollar. Hinzu kommen Kredite der ehemaligen Sowjetunion (1,6 Milliarden US-Dollar), der USA (500 Millionen US-Dollar) und Chinas (210 Millionen US-Dollar). Kambodschas Möglichkeiten, diese Kredite weiter

abzubezahlen, werden angezweifelt. So geht die ADB in ihrer Analyse davon aus, dass die Wachstumsraten im Textilexport und im Tourismus, zwei der wichtigsten Faktoren der kambodschanischen Wirtschaft, in diesem Jahr so gering ausfallen wie seit Jahren nicht mehr. Es wird angenommen, dass Kambodscha mit einem Wachstum von 4,5 Prozent hinter seinen Nachbarn Laos (5,8 Prozent) und Vietnam (6,2 Prozent) bleiben wird. Durch den Rückgang ausländischer Direktinvestitionen wird die Situation weiter verschärft. Auch die landwirtschaftliche Produktion ist nach Trockenheit im August und Überschwemmungen im September so gering, dass es zu Lebensmittelknappheit kommen könnte. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, müsse die kambodschanische Regierung ihre Einnahmen erhöhen und die Ausgaben stark einschränken, schreibt das Cambodian Development Resource Institute (CDRI) in einer Studie. Die staatlichen Einnahmen in Kambodscha entsprechen nur etwa 11,7 Prozent des Brutto-

sozialproduktes und sind damit unter den niedrigsten in der Region. Die Regierung scheue sich aber solche wenig populären Maßnahmen zu ergreifen, und es bestehe die Gefahr, dass sich Kambodscha in einen Teufelskreis von immer höheren Auslandsschulden und immer geringeren Staatseinnahmen begeben, die eine Entwicklung unmöglich machen, schreibt das CDRI weiter. Es gibt jedoch auch einige positive Wachstumsanzeigen. Nach dem 11. September 2001 haben einige Textilfirmen in Europa und den USA ihre Importe aus Kambodscha erhöht, um die Einfuhr aus islamischen Ländern wie Pakistan, Bangladesh und Indonesien zu verringern. Auch Touristen in der Region meiden islamische Länder und reisen nach Kambodscha. Auf diesen Grundlagen wird für nächstes Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von rund 6,1 Prozent gerechnet.

vgl. FEER, 26.9.2002

Sihanouk nennt Kambodscha »Bettler-Staat«

König Sihanouk hat in einem Schreiben sein Land als einen »Bettlerstaat« bezeichnet, »dessen Überleben von den Gefälligkeiten des Auslandes abhängig ist, während seine eigenen natürlichen Ressourcen geplündert werden«. Vermutlich richtet sich die Kritik des Königs an die Arbeit der kambodschanischen Regierung unter Premierminister Hun Sen. Das Verhältnis zwischen Monarch und Volksvertretung gilt seit langem als angespannt. Der 79-jährige Sihanouk veröffentlichte seine Kritik in einem seiner Briefe, die er regelmäßig an das kambodschanische Volk schreibt. In den letzten zehn Jahren »musste unsere Nation bettelnd umherziehen und unser Land überlebt, — überlebt mit Mühe und Not — weil uns fremde Nationen und ausländische Unternehmer die nötige

Unterstützung gewähren, insbesondere Reis«, schreibt der König. Kambodscha hat rund zwölf Millionen Einwohner und gehört zu den ärmsten Ländern Südostasiens. 36 Prozent der Kambodschaner leben von weniger als einem US-Dollar am Tag. Fast die Hälfte des Staatshaushaltes wird mit ausländischen Hilfgeldern finanziert. Kambodscha hat eine der höchsten HIV-Raten in der Region. Hinzu kommen eine epidemisch verbreitete Korruption und ein schwaches Rechtssystem. König Sihanouk, der nach seiner Abdankung 1955 bis zu einem Putsch 1970 selbst Premierminister war, bezeichnete seine Regierungszeit als eine Epoche, »in der jeder Bürger des Landes genug zu essen hatte, jedes Jahr, jeden Monat und jeden Tag«. Darüber hinaus sei Kambodscha in der Lage gewesen,

jedes Jahr 300.000 bis 500.000 Tonnen Reis zu exportieren. Er macht Trockenheit, Überschwemmungen und die Abholzung des Regenwaldes für die Lage in den letzten Jahren verantwortlich. »Diese Vorgänge setzen sich endlos fort und es gibt keine richtigen Maßnahmen dagegen.« Ein Sprecher der kambodschanischen Regierung bezeichnete die Anschuldigungen als »unfair«. Er sagte, die Probleme Kambodschas resultierten aus dem Bürgerkrieg und den Wirtschaftsblockaden in den 80er Jahren. »Die wenigen Jahre sind nicht ausreichend für den Wiederaufbau. Dafür muss man sich auch Geld im Ausland leihen. Das ist ein ganz normaler Vorgang, in jedem Land.«

vgl. AP, 4.9.2002